

# TAGBLATT

5. Juni 2013, 01:35 Uhr

## Die Meinungen sind gemacht



9. Juni

# ABSTIMMUNG

(Bild: DAVID GADZE)

---

**In einer «Elefantenrunde» diskutierten Mitglieder der Stadtparteien die beiden städtischen Vorlagen, über die am Sonntag abgestimmt wird. Neue Aspekte waren kaum zu hören. Zu reden gab dafür die Broschüre «Perron 9» der Stadt.**

DAVID GADZE

In der heissen Phase des Abstimmungskampfs sind die Positionen bezogen. Das zeigte sich am Montagabend am «Poli-Tisch», wo die FDP Präsidenten und Vorstandsmitglieder der Stadsanktgaller Parteien versammelte, um die beiden städtischen Vorlagen zu diskutieren. Vor verhältnismässig wenig Publikum fühlte Moderator Benedikt van Spyk den «Elefanten» auf die Stosszähne.

Als Vertreter der einzigen Partei, die sich gegen die Vorlage zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes ausgesprochen hat, musste SVP-Vorstandsmitglied Leo Betschart die Gründe für das Nein erklären. So wollte van Spyk wissen, ob die Stadt tatsächlich für weniger als die rund 20 Millionen Franken, die sie nach Abzug der Beiträge Dritter und der Ohnehinkosten

ausgeben müsste, günstiger zu einem neuen Bahnhofplatz kommen könnte. «Selbstverständlich» sei das möglich, meinte Betschart. Es gehe bloss um die Frage, wo man Prioritäten setzen wolle und was welchen Nutzen habe. Manchmal sei weniger eben mehr. Die Vorlage sei überladen.

### **«In die Zukunft investieren»**

Auf den Einwand von van Spyk, für die SVP sei die Neugestaltung einerseits «zu wenig visionär», andererseits koste sie zu viel, entgegnete Betschart, Stadt und SBB hätten den Unterhalt jahrelang vernachlässigt. Jetzt weise man dringenden Handlungsbedarf aus, um Geld in die Hand nehmen zu können. Daniel Rüttimann, Präsident der Grünliberalen, konterte, man müsse in die Zukunft investieren. Renovierte Bushäuschen würden die heutigen Probleme, etwa die zu engen Busperrons, nicht lösen. «Es braucht etwas grundsätzlich Neues, auch in der Verkehrsführung.»

Auch CVP-Präsident Martin Würmli meinte, er verstehe die Kritik der SVP nicht. Das Gesamtprojekt sei gut. «Man hätte allenfalls noch mehr Geld in die Hand nehmen können.»

Andreas Dudli, Präsident der städtischen FDP, kritisierte dagegen den Gewerbeverband, der sich mit dem Nein auch gegen die Interessen seiner Mitglieder stelle. Schliesslich investiere die Stadt genau in ein Projekt, welches dem Gewerbe nütze. Bettina Surber, Präsidentin der SP, sagte, man hätte die Verbände nicht noch stärker in den Gesamtprozess einbeziehen sollen. Die Gestaltung etwa sei nicht Sache des Hauseigentümerverbands, der sich ebenfalls gegen die Vorlage ausgesprochen hat.

### **«Perron 9» gibt zu reden**

Auch die Abstimmungsbeschwerde von SVP-Kantonsrat Karl Güntzel (Text auf Seite 35) kam zur Sprache. Eine Einschätzung, ob der Stadtrat mit der Broschüre «Perron 9»

zu weit gegangen sei, sei schwierig, meinte Dudli. Es sei jedenfalls «heikel», wenn sich die Exekutive mit öffentlichen Geldern einmische. Andererseits müsse der Stadtrat bei grossen Projekten entsprechend informieren dürfen. Für Betschart war jedoch «offensichtlich, dass mit Steuergeldern Marketing betrieben wird». Den Einwand von Würmli, man müsse zu «unkonventionellen Massnahmen» greifen, um den Leuten komplexe Vorlagen zu erläutern und die Politik näher zu bringen, konterte Bettina Surber. Wenn die Abstimmungsunterlagen zu komplex seien, müsse man sie eben klarer formulieren.

### **Musiker bekommt Instrument**

Auch in der Diskussion um die Ausgliederung der VBSG versuchte van Spyk, aus den Teilnehmern neue Aspekte herauszukitzeln. Neben den bekannten ideologisch geprägten Argumenten war jedoch wenig Neues zu hören. «Nützt es nichts, schadet es nichts», meinte Würmli. Er verglich die VBSG mit einem Musiker, dem man ein Instrument gebe und hoffe, er entlocke ihm harmonische Töne. Entsprechend brauchten auch die VBSG ein Instrument, um die Busse auf Stadtgebiet möglichst harmonisch fahren lassen zu können. Auf die Frage, ob der Kanton mehr machen müsste, um die Doppelspurigkeiten im städtischen ÖV-Netz aufzulösen, antwortete Rüttimann, in der Koordination der Angebote und der Verknüpfung der Anschlüsse sei seitens Kanton mehr möglich. Auch Bettina Surber nahm den Kanton in die Pflicht. Er sei in erster Linie für die Lösung der Probleme zuständig, nicht die Rechtsform der VBSG. Dudli meinte hingegen, es sei einfacher, die Probleme vor Ort zu lösen. Ein Ausstieg der Stadt St. Gallen aus dem Tarifverbund Ostwind schliesslich machte für die Diskussionsteilnehmer keinen Sinn.

**Diesen Artikel finden Sie auf St.Galler Tagblatt Online unter:**

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-st/Die-Meinungen-sind-gemacht;art186,3428019>

---

COPYRIGHT © ST.GALLER TAGBLATT AG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG,  
WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES  
SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN  
OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON  
ST.GALLER TAGBLATT ONLINE IST NICHT GESTATTET.